

## Tschechoslowakische Beiträge zur politischen Ökonomie des Sozialismus in den sechziger Jahren \*

von  
Jiří K o s t a

Grundlegende Voraussetzung für die Erarbeitung des tschechoslowakischen Reformmodells war eine Entdogmatisierung der politischen Ökonomie des Sozialismus. Ein Großteil der Ökonomen war sich bereits zu Anfang der sechziger Jahre dessen bewußt, daß die Veränderung des traditionellen Planungssystems sowjetischen Typs ohne ein Zerschlagen der alten theoretischen Dogmen nicht möglich sein würde. Eine erfolgreiche Überwindung der stalinistischen Orthodoxie im ökonomischen Denken setzte eine offene Diskussion unter den Wirtschaftswissenschaftlern voraus, für die bislang keine günstigen Voraussetzungen gegeben waren.

Die Situation änderte sich jedoch nach dem 20. Parteitag der KPdSU vom Jahre 1956, auf dem Chruschtschow grundsätzliche Kritik an Stalin geübt hatte. Dadurch wurde der Weg für eine Auseinandersetzung mit den althergebrachten Dogmen über eine sozialistische Planwirtschaft frei. Bereits die sog. Wertgesetzdebatte der sowjetischen Ökonomen (1957—1958) rüttelte an einigen Grundpfeilern der in der Stalin-Ära tradierten politischen Ökonomie des Sozialismus.<sup>1</sup> Es dauerte allerdings geraume Zeit, ehe sich auch unter den tschechoslowakischen Ökonomen kritische Anschauungen durchsetzen konnten, da das damalige Novotný-Regime in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ideologisch sowie machtpolitisch alles daran setzte, um das in Osteuropa um sich greifende Tauwetter in der Tschechoslowakei in Grenzen zu halten.

Am Anfang der sechziger Jahre machte sich jedoch in dieser Hinsicht eine Wende bemerkbar. Obwohl im sozialwissenschaftlichen und kulturpolitischen Bereich auch in dieser Periode demokratische Reformansätze immer wieder von Rückschlägen abgelöst wurden — die Disziplinierung von Schriftstellern und Journalisten sowie die verschärfte Zensur von Beiträgen kritischer Publizisten geben ein beredtes Zeugnis dieser Zeit ab —, so konnte doch unter den Wirtschaftswissenschaftlern Schritt für Schritt eine offenere, kritische Diskussion Platz greifen. Einziger Grund für die Ausnahmestellung der ökonomischen Theorie, die eine Art Narrenfreiheit genoß, war die sich verschlechternde Situation in der tschechoslowakischen Volkswirtschaft nach dem Jahre 1962. Der politischen Führung des Landes blieb nichts anderes übrig, als von Experten neue theoretische

\*) Vortrag, gehalten am 11. Okt. 1974 in Marburg/Lahn auf der Tagung „Theoretische Grundlagen und Entwicklung der Reformen in Polen und der Tschechoslowakei“ der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des J. G. Herder-Forschungsrates, ergänzt durch Fußnoten.

1) Zakon stoimosti i jeho rol' v narodom chozjajstve SSSR [Das Wertgesetz und seine Rolle in der Volkswirtschaft der UdSSR], hrsg. von N. A. C a g o l o v, Moskau 1959; Zakon stoimosti i jeho ispol'zovanije v narodom chozjajstve SSSR [Das Wertgesetz und seine Ausnutzung in der Volkswirtschaft der UdSSR], hrsg. von T. A. K r o n r o d, Moskau 1959.

Konzepte anzufordern, nachdem sich die bisherige Arbeit der etablierten politischen Ökonomie als unfähig erwiesen hatte, Anregungen für eine Überwindung der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten anzubieten.

Da die herrschende Doktrin gegenüber Kritikern als genuiner Marxismus legitimiert und auch die Ausbildung der Diskutierenden vom Marx'schen Werk geprägt worden war, rekurierte die tschechoslowakische polit-ökonomische Diskussion der frühen sechziger Jahre in ihren wichtigsten Beiträgen auf die sog. Klassiker des Marxismus, zu denen Marx, Engels und meist auch Lenin gezählt wurden. In der damaligen Auseinandersetzung zeichneten sich vor allem zwei Hauptrichtungen der Diskussion ab. Zum einen wurden die theoretischen Konzepte der Stalin-Orthodoxie den methodologischen Ansätzen und inhaltlichen Aussagen von Marx, teilweise auch von Engels und Lenin, gegenübergestellt; zum zweiten wurden aktuelle theoretische Probleme analysiert, die von den Klassikern kaum oder nur sehr vage behandelt worden waren. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß Marx und Engels ihre zentrale Aufgabe in der Kapitalismus-Analyse sahen und es selbst nicht für richtig hielten, über Probleme der kommenden Organisation einer sozialistischen bzw. kommunistischen Wirtschaftsordnung im einzelnen Rezepte oder Prognosen abzugeben: dies sollte erst Aufgabe derer sein, die als Zeugen des Sozialismusaufbaues das notwendige Material für eine Analyse zur Verfügung haben würden. Die Überlegung, ob nicht bereits in der ökonomischen Theorie von Marx gewisse Elemente prinzipiell in Frage zu stellen wären, wurde damals — zumindest öffentlich — kaum diskutiert.

Zu der in der theoretischen Diskussion aufgeworfenen Problematik der ersten Kategorie (Verzerrung der Marx'schen Theorie und Methodologie durch Stalin) gehörten insbesondere zwei Problembereiche: die Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung — und in deren Kontext der Zusammenhang zwischen erreichter Stufe der Produktivkräfteentwicklung und den entsprechenden sozioökonomischen Strukturen — sowie die Rezeption der Eigentumsordnung im Werke von Marx. Ein weiterer heftig diskutierter Problemkomplex — das Fortbestehen von Warenproduktion und Marktbeziehungen im Sozialismus — fällt demgegenüber eher unter den anderen Aspekt, der die von Marx nur vage angedeuteten, jedoch nicht ausführlich diskutierten und analysierten Probleme der Transformation in eine „klassenlose Gesellschaft“ betrifft.

Nicht nur hinsichtlich der Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung und der Eigentumsverhältnisse wurden vor allem von Sozialwissenschaftlern einige eigenständige Aussagen formuliert; auch in bezug auf Ware-Geld-Beziehungen und die Rolle des Marktes führten die theoretischen Diskussionen in der ČSSR zu neuen Erkenntnissen: der tschechoslowakische Beitrag zur Problematik der Reformmodelle stellt keine bloße Weiterentwicklung der Thesen dar, die von anderen marxistischen Ökonomen, insbesondere von polnischen Theoretikern, bereits früher ausgearbeitet worden waren.<sup>2</sup> Die Begründung des Fortbestehens von Warenproduktion

2) W. Brus: *Ogólne problemy funkcjonowania gospodarki socjalistycznej*,

im Sozialismus durch die Interessenwidersprüche ist — wie noch zu zeigen sein wird — als originäre theoretische These der politischen Ökonomie des Sozialismus zu qualifizieren.

Ich will mich in meinem Beitrag vor allem auf einige wenige Probleme konzentrieren, zu denen die tschechoslowakischen Wissenschaftler in den sechziger Jahren einige originelle Aussagen formuliert haben, und möchte dabei vor allem auf die Fragen eingehen, die für die Konzipierung der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform von besonderer Relevanz waren.

Sowohl in der früheren Arbeit von Ota Šik „Ökonomie, Interessen, Politik“ (1962)<sup>3</sup> als auch in der Publikation eines interdisziplinären Teams der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften „Zivilisation am Scheideweg“ (erste Aufl. 1966)<sup>4</sup> wird unter Berufung auf Marx die Rolle der Produktivkräfte in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung besonders hervorgehoben. Die Sozialwissenschaftler der Akademie der Wissenschaften weisen darauf hin, daß Marx den Industrialisierungsprozeß als Wesensbestandteil der kapitalistischen Entwicklung betrachtet hatte. Das Industriesystem mit all seinen negativen Erscheinungen — der Verkrüppelung des Arbeiters als Anhängsel der Maschine, dem niedrigen Konsumniveau der Massen usw. — kann, so wurde gefolgert, nicht als adäquates Modell einer sozialistischen Formation angesehen werden. Für die Autoren der „Zivilisation am Scheideweg“ war erst eine spätere Phase der industriellen Entwicklung — das sich abzeichnende Zeitalter der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ —, in der mühselige und monotone Arbeit von hochautomatisierten Maschinen übernommen und die Menschen für schöpferische Tätigkeiten frei werden sollen, das dem Sozialismus angemessene Entwicklungsmodell. So konnten zwar im nachrevolutionären Rußland ähnlich wie in den meisten, fast drei Jahrzehnte später entstandenen osteuropäischen Volksdemokratien gewisse Elemente sozialistischer Produktionsverhältnisse (Nationalisierung der Produktionsmittel, eine gerechtere Verteilung des Gesamtproduktes) hergestellt werden; da jedoch der Industrialisierungsprozeß in diesen Ländern unter kapitalistischen Bedingungen nicht vollendet worden war, fiel die Aufgabe des extensiven industriellen Wachstums, der „forcierten Akkumulation“, mit dem Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft zusammen.

Im Unterschied zu den übrigen ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Staaten waren hingegen die DDR und die Tschechoslowakei an der Schwelle des sozialistischen Aufbaues bereits industriell hochentwickelte Länder. Der Übergang von einem extensiven zu einem intensiven Wachstumspfad der industriellen Entwicklung war hier zum Großteil unter kapitalistischen Verhältnissen zustande gekommen. Dieser Umstand stellte

Warschau 1961; deutsch: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/M. 1971.

3) O. Šik: *Ekonomika, zájmy, politika*, Prag 1962; deutsch: *Ökonomie — Interessen — Politik*, Berlin (-Ost) 1966.

4) R. Richta und Kollektiv: *Civilizace na rozcestí*, Prag 1966; deutsch: *Zivilisation am Scheidewege*, Übersetzung der 3. tschech. Aufl. als Manuskript der ČSAV Prag, später veröffentlicht unter dem Titel: *Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 1971.

wiederum die Angemessenheit eines hochzentralisierten naturalwirtschaftlich orientierten Lenkungssystems, das unter völlig unterschiedlichen historischen Bedingungen einer rückständigen Wirtschaft entstanden war, für die DDR und die ČSSR in Frage.

Ota Šik analysiert in der erwähnten Arbeit den engen Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Für ihn sind insbesondere „Kooperation und Teilung der Arbeit“ die entscheidenden Ausgangelemente der Produktionsverhältnisse, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte geprägt sind. Die Produktionsverhältnisse lassen sich nach Šiks Auffassung keinesfalls auf die Eigentumsverhältnisse reduzieren, wie dies Stalin tut. Eine rein formal-juristische Betrachtungsweise der Eigentumsordnung, die Stalin vertritt, verdeckt den echten Charakter der Produktionsverhältnisse als Komplex der gesamten sozio-ökonomischen Beziehungen. Zu den ökonomischen Beziehungen gehören, wie Šik meint, neben der „Kooperation und Teilung der Arbeit“ auch der „Austausch von Tätigkeiten“, weiter die „Verteilung von Produktionsmitteln“ und schließlich die „Distribution von Konsumgütern“.

Aus den theoretischen Thesen des interdisziplinären wissenschaftlichen Teams sowie den Aussagen von Šik ergab sich eine Reihe von Konsequenzen, die für die Formulierung der Reformkonzepte von Bedeutung waren. Zunächst bot sich bei stärkerer Betonung der Produktivkräfte und deren maßgeblicher Einflußnahme auf die Produktionsverhältnisse sowie den gesamten gesellschaftlichen Überbau das Fazit an, daß die Umwandlung der Produktionsmittel in Staatseigentum und die planmäßige Organisation der ökonomischen Entwicklung zwar eine notwendige Voraussetzung, aber noch nicht die Lösung, die sozialistische Gesellschaft als solche, bedeuten. Vielmehr impliziert der aufgezeigte Zusammenhang, daß erst ein langwieriger Weg der Produktivkräfteentwicklung — die Überwindung des Industriesystems, die Schaffung eines gewissen Maßes an gesellschaftlichem Reichtum — zu einer Gesellschaft führen würde, die — wie es Marx vorschwebte — die Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen regelt.

Weiter besagen die Thesen der tschechoslowakischen Wissenschaftler — wie bereits angedeutet wurde —, daß die sozio-ökonomischen Verhältnisse der osteuropäischen Länder infolge der unterschiedlichen Entwicklungsstufe auch unterschiedliche Aufgaben zu lösen haben und unterschiedliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Instrumente und Institutionen einsetzen müßten, wenn der sozialistische Aufbau erfolgreich vorankommen soll. Für die Tschechoslowakei bedeutet dies, daß das bisherige Planungssystem einschließlich der Lenkungsformen, Planziele und der Entscheidungsstrukturen besonders unangemessen war, da sich das Land in einer völlig anderen historischen Situation befand, als dies in Rußland nach der Oktoberrevolution der Fall war.

Die Kritik Šiks an der Stalinschen Konzeption des Eigentums als Grundelemente der Produktionsverhältnisse war in einer weiteren Hinsicht besonders schwerwiegend. Stalin hatte das Fortbestehen von Warenproduk-

tion im Sozialismus insbesondere durch die unterschiedlichen Eigentumsformen, das staatliche und das genossenschaftliche Eigentum, begründet.<sup>5</sup> Für ihn waren Produkte, die ein staatlicher Betrieb an einen anderen verkauft, keine Waren im echten Sinne. Auch die bei diesen Transaktionen zwischen staatlichen Betrieben benützten Instrumente wie Preise, Kosten, Gewinn etc. waren inhaltlich keine echten Geldinstrumente, sondern Verrechnungseinheiten, die nur ihrer Form nach als Ware-Geld-Kategorien gelten können. Auf diese Weise wurde ein Unterschied hinsichtlich der Ware-Geld-Beziehungen im Bereich der Produktionsmittel und im Bereich der Konsumgüter behauptet. Da nach marxistischer Auffassung Warenproduktion ein Relikt des Kapitalismus ist und da nach Stalin Warenproduktion dort abgeschafft werden kann, wo staatliches („einheitliches Volks-“) Eigentum besteht, bedeutet dies konsequenterweise, daß auf Grund der „Anhebung“ des genossenschaftlichen Eigentums auf das Niveau des staatlichen Eigentums Ware-Geld-Beziehungen aufgehoben werden könnten. War für Stalin die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln in allen Bereichen der Sowjetwirtschaft gleichbedeutend mit dem erfolgreichen Abschluß des Sozialismusaufbaues, so würde die Abschaffung der „niedereren“ Form des sozialistischen Eigentums, nämlich der genossenschaftlichen Eigentumsform, zum Entstehen einer kommunistischen Gesellschaft führen.

Šiks Darstellung der Eigentumskategorie hat in der späteren Reformdiskussion zu weiteren Überlegungen geführt. Dies zeigen folgende Fragen, die besonders in den Jahren 1967 und 1968 immer wieder gestellt wurden: Sind die einzigen legitimen Formen von Produktionsmitteleigentum in einer sozialistischen Gesellschaft das staatliche und das genossenschaftliche Eigentum? Ist staatliches Eigentum gleichzusetzen mit der alleinigen Verfügungsgewalt staatlicher Institutionen über die Organisation der Produktionsprozesse und die Verteilung der Produktionsresultate? Soll die zentrale Verfügungsgewalt über Produktionsprozesse und Produktionsresultate von Direktoren und Experten — einerlei, ob auf zentraler oder dezentraler Ebene — wahrgenommen werden, oder soll auf allen Ebenen der volkswirtschaftlichen Planung eine demokratische Partizipation der Bevölkerung sichergestellt werden?

Ohne hier auf diese Fragen näher eingehen zu können<sup>6</sup>, seien mir einige Bemerkungen gestattet.

Wenn Eigentum im ökonomischen Sinn — wie es Šik zeigt — die An eignungsprozesse als Konsequenz der Produktivkräfteentwicklung bedeutet, dann entspricht einem bestimmten Vergesellschaftungsgrad der Produktivkräfte eine bestimmte Form gesellschaftlichen Eigentums. Staatliches Eigentum an Produktionsmitteln wäre dementsprechend überall dort angemessen, wo das Niveau der Vergesellschaftung der Produktion, mit

5) J. V. S t a l i n : *Ekonomičeskije problemy socializma v SSSR*, Moskau 1952; deutsch: *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Berlin (-Ost) 1952.

6) Dazu vgl. J. K o s t a : *Sozialistische Planwirtschaft*, Frankfurt/M. 1974, insbes. S. 155 ff.

anderen Worten, das Niveau der betrieblich-technischen Konzentration, besonders hoch ist. Staatliches Eigentum impliziert jedoch keinesfalls ein Entscheidungsmonopol der Zentrale: auch ein höheres Maß an Dezentralisierung im Vergleich zum traditionellen zentral-administrativen Planungssystem ist mit staatlichem Eigentum vereinbar.

Die Vergenossenschaftlichung wäre folgerichtig dort am Platze, wo die produktionstechnische Integration noch nicht so weit fortgeschritten ist (die Frage der Interessenlage, die in einem anderen Zusammenhang diskutiert wird, spielt hier sicherlich auch eine bedeutsame Rolle). Betriebe, in denen mit einfachen Produktionsmitteln individuell produziert und gewirtschaftet wird, müßten demgegenüber auch in privatem Eigentum bleiben können (Handwerk, private Dienstleistungen, Kleinproduktion u. a. m.).

Wie die Entwicklungen der zentral-administrativen Planungssysteme in Osteuropa gezeigt haben, bildet sich infolge des hohen Zentralisierungsgrades der Planung und unter dem Einfluß des gesamten politischen Systems ein neues Abhängigkeitsverhältnis der arbeitenden Kollektive von der Planbürokratie, die das Entscheidungsmonopol inne hat, heraus. Es ist allerdings einzuräumen, daß dieses Problem in der ČSSR theoretisch nur ungenügend analysiert wurde, nicht zuletzt auch wegen der politisch-ideologischen Restriktionen, die bis 1967 noch vorherrschten. Nichtsdestoweniger sind die Partizipationslösungen vom Prager Frühling des Jahres 1968, die hier nicht diskutiert werden können, bemerkenswert.

Die neuen Überlegungen zu der Eigentumsproblematik schlugen sich auch in zwei Lehrbüchern der politischen Ökonomie des Sozialismus nieder, die um die Mitte der sechziger Jahre in Prag herausgegeben wurden.<sup>7</sup> Hier sowie auch in späteren theoretischen Einzelbeiträgen<sup>8</sup> wurde an die Überlegungen von Šik angeknüpft, die Problematik eingehender thematisiert und aktualisiert. Es wurde u. a. vorgeschlagen, das mit dezentraler Planung und Partizipation der Werktätigen einhergehende Eigentum der Nationalunternehmen als „gesellschaftliches“ oder „sozialistisches Unternehmenseigentum“ zu definieren.

In diesem Zusammenhang ist auch die theoretische Diskussion über Ware-Geld- bzw. Marktbeziehungen im Sozialismus interessant, die in der Tschechoslowakei in den Jahren 1957—1968 geführt wurde. (Eine nicht unerhebliche Rolle haben dabei die ersten tschechoslowakischen Reformansätze der Jahre 1957—1958 gespielt, die infolge einer Reihe von Inkonsistenzen und Halbherzigkeit scheiterten.) Wir wollen uns hier, nachdem bereits auf den Einfluß der Wertgesetzdebatte der polnischen Beiträge aufmerksam gemacht wurde, allerdings nur auf einige Aspekte beschränken, die einen eigenständigen Beitrag zur politischen Ökonomie des Sozialismus darstellen.

7) Politická ekonomie socialismu [Politische Ökonomie des Sozialismus], hrsg. von K. K o u b a , Prag 1964; Politická ekonomie socialismu [Politische Ökonomie des Sozialismus], hrsg. von B. U r b a n , Prag 1965.

8) Vgl. z. B.: Úvahy o socialistické ekonomice [Betrachtungen zur sozialistischen Ökonomie], hrsg. von K. K o u b a , Prag 1968.

Wenn wir uns hier wiederum auf zwei Arbeiten von Šik stützen, so soll dies nicht bedeuten, daß nicht auch andere tschechoslowakische Wissenschaftler bemerkenswerte Beiträge zur Diskussion über die Frage „Plan und Markt im Sozialismus“ geleistet hätten.<sup>9</sup> Schließlich sind die Arbeiten von Šik nicht zuletzt ein Produkt der Auseinandersetzungen, die der Autor in verschiedenen Expertenteams, im Institut für Wirtschaftswissenschaften der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) in Prag und in anderen Gremien geführt hatte. Dennoch scheint es sinnvoll zu sein, unseren Darstellungen die Arbeiten Šiks zugrunde zu legen, da sie für die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Tschechoslowakei repräsentativ sein dürften.

Bereits in seiner Arbeit „Zur Problematik der sozialistischen Warenbeziehungen“, die im Jahre 1964 veröffentlicht wurde<sup>10</sup>, begründet Šik die These von der Notwendigkeit von Warenbeziehungen im Sozialismus in neuer Weise. Auf Grund der späteren Erfahrungen, die er im Verlauf der Reformdiskussionen (1964—1967) und der ersten Reformmaßnahmen (1966—1967) gesammelt hatte, unternahm er eine Reihe von weitgehenden Korrekturen am ursprünglichen Text. Die neue Arbeit erschien fast gleichzeitig in tschechischer (Anfang 1968) und deutscher Sprache (Ende 1967) unter dem Titel „Plan und Markt im Sozialismus“.<sup>11</sup>

Ausgehend von der Marxschen Analyse über den „Widerspruch von konkreter und abstrakter Arbeit in einer warenproduzierenden Gesellschaft“ formuliert Šik die These, daß im Sozialismus (noch) ein „Widerspruch zwischen der konkret verausgabten und der gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ bestünde. Mit anderen Worten: die Erfüllung der konkreten Produktionspläne führt nicht automatisch zu gesellschaftlich nützlichen Resultaten. Wie die Erfahrungen zeigen, sind Produktivitätsverluste, Versorgungslücken und Qualitätsmängel trotz vorhergehender Planung nicht nur denkbar, sondern im zentral-administrativen Planungssystem besonders häufig. Diese Diskrepanz zwischen „konkret verausgabter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit“ ist nach Šik auf Erkenntnis- und Interessenprobleme zurückzuführen.

Die unzureichenden Kenntnisse (Informationen) sind nach Šiks Auffassung beim gegebenen Grad der industriellen Entwicklung unvermeidlich. Diese These wird von anderen Autoren aufgenommen und weiterentwickelt. Die Informationsproblematik wird insbesondere mit der ungenügenden produktionstechnischen Integration in Zusammenhang gebracht, ein Problem, das auch in früheren Arbeiten des westlichen marxistischen Ökonomen Ch. Bettelheim eine gewisse Rolle spielt.<sup>12</sup>

9) Zu den wichtigsten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet gehören neben dem in Anm. 8 aufgeführten Sammelband: J. Goldmann, K. Kouba: *Hospodářský růst v ČSSR* [Wirtschaftswachstum in der ČSSR], Prag 1967, und O. Turek: *O plánu, trhu a hospodářské politice* [Über Plan, Markt und Wirtschaftspolitik], Prag 1967.

10) O. Šik: *K problematice socialistických zbožních vztahů* [Zur Problematik der Warenbeziehungen im Sozialismus], Prag 1964.

11) O. Šik: *Plán a trh za socialismu*, Prag 1968; deutsch: *Plan und Markt im Sozialismus*, Wien 1967.

Das zentrale Problem für Šik ist allerdings die Interessenlage der wirtschaftenden Subjekte, der Produzenten sowie der Konsumenten. Hier tritt wiederum sein früherer methodologischer Ansatz zur Analyse der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse deutlich zutage. Da sich die Produktionsverhältnisse — die sozio-ökonomischen Beziehungen — vermittels der Interessen und Motivationen der Menschen durchsetzen, muß konsequenterweise eine Analyse der sozialistischen Produktionsweise von den Interessenstrukturen der Gesellschaft ausgehen.

Nach Šik sind die Interessen der Menschen infolge der ungenügenden Entfaltung der Produktivkräfte im Sozialismus vornehmlich materieller Natur. Der gegebene Charakter der Arbeit, der durch Mühsal, Monotonie, Routinetätigkeit gekennzeichnet ist, gibt den Menschen noch nicht die Möglichkeit, in der Arbeit eine innere Befriedigung und Selbstbestätigung zu finden. Gleichfalls sind die unzureichend entwickelten Produktivkräfte dafür verantwortlich, daß das Konsumniveau der Bürger auf einem relativ niedrigen Entwicklungsstand liegt. Aus beiden Gründen, dem Charakter der Arbeit und dem Niveau des Konsums, sind die vornehmlich materiellen Interessen der Menschen zu erklären.

Dies bedeutet gleichzeitig, daß Konsumenten und Produzenten gegensätzliche Interessen vertreten. Während die Konsumenten ein möglichst hohes Einkommen erzielen wollen, um ihren Konsum zu erweitern, sind die Produzenten darum bemüht, für die gegebene Entlohnung ein Mindestmaß an Arbeitsaufwand zu leisten. Diese Konfliktsituation überträgt sich auf die zwischenbetrieblichen Beziehungen, wo Zuliefer- und Abnehmerbetriebe als Produzenten- und Konsumentenkollektive einander gegenüberstehen.

So ist die widersprüchliche Interessenlage — und in diesem Kontext letztlich die ungenügende Entfaltung der Produktivkräfte — die tiefere Ursache für das Fortbestehen von Warenproduktion. Der Markt ist für Šik gleichzeitig das optimale Instrument für die Überwindung der gegebenen Interessenwidersprüche.

Hier wird der Zusammenhang der theoretischen Diskussion mit der bevorstehenden Wirtschaftsreform besonders deutlich. Der eingebaute Marktmechanismus ist in einer sozialistischen Planwirtschaft nicht nur objektiv notwendig, sondern gleichzeitig das geeignete Instrument für eine rationelle ökonomische Entwicklung. Man würde jedoch Šik falsch interpretieren, wenn man aus seinen Aussagen schlußfolgern wollte, daß es ihm um einen spontanen Marktmechanismus geht, in den es nur sporadisch durch indirekte wirtschaftspolitische Instrumente eingzugreifen gilt. Šik macht in all seinen Arbeiten deutlich, daß die Marktbeziehungen in wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft sich zwar gegenüber der volkswirtschaftlichen Planung relativ selbständig entwickeln können und der Planung wichtige Rückkoppelungssignale anzeigen sollen.

Andererseits liegt nach seiner Meinung sozialistischen Produktionsverhältnissen weiterhin das Prinzip der Planmäßigkeit zugrunde. Anstelle

---

12) Ch. Bettelheim: *La transition vers l'économie socialiste*, Paris 1968.

einer detaillierten Naturalplanung, die sich auf alle volkswirtschaftlichen Bereiche erstreckt, geht es nun um ein Plan-Markt-Modell, in dem sich volkswirtschaftliche Planung auf die großen Entwicklungslinien makroökonomischer Art beschränkt. Zentrale vollzugsverbindliche Indikatoren sollen allerdings auch weiterhin in einzelnen Bereichen wie z. B. in der Infrastruktur, der Grundlagenforschung, dem kollektiven Konsum usw. beibehalten werden; der Formulierung muß jedoch ein demokratischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß vorangehen. Schließlich soll ein weitverzweigtes Gefüge wirtschaftspolitischer Instrumente und Anreize die Erfüllung der Planziele sicherstellen.<sup>13</sup>

Wir haben nur auf einige theoretische Probleme hinweisen können, die in der tschechoslowakischen politökonomischen Diskussion der sechziger Jahre eine Rolle gespielt haben. Dies soll keinesfalls bedeuten, daß nicht eine Reihe weiterer Einzelprobleme diskutiert und dazu entsprechende Thesen formuliert worden wären (systemtheoretische Ansätze, Informationsprobleme, neue Planungstechniken usw.). Der Umfang dieses Beitrages gestattet es jedoch nicht, auf weitere Probleme einzugehen.

Gegenwärtig — zehn Jahre nach den ersten Beschlüssen der tschechoslowakischen Parteiführung zur Wirtschaftsreform der sechziger Jahre — stellt sich mit neuer Dringlichkeit das bereits im Prager Frühling diskutierte Problem des Zusammenhangs von politischem und ökonomischem System; die gegenwärtige politische Atmosphäre läßt jedoch kaum eine öffentliche Diskussion zu diesem Problem zu. Włodzimirz B r u s hat zu dieser Frage seine Thesen formuliert, denen zufolge eine Dezentralisierung des ökonomischen ohne eine Demokratisierung des politischen Systems möglich sei.<sup>14</sup> Mir scheint eine endgültige Antwort auf diese schwierige Frage nur dann möglich zu sein, wenn ein theoretisch-methodologisches Instrumentarium für eine Analyse der komplexen gesellschaftlichen Systeme entwickelt wird, das über den traditionellen marxistischen Ansatz von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und gesellschaftlichem Überbau weit hinausgeht. Vielleicht könnte ein systemtheoretischer Ansatz, etwa derart, wie ihn H a b e r m a s für den Spätkapitalismus andeutet, auch für die Analyse der osteuropäischen Gesellschaften anwendbar sein.<sup>15</sup> Man müßte allerdings — und das versucht eben Habermas — die historischen und gesellschaftlich normativen Aspekte einbeziehen, die dem Werk von Marx einen dauerhaften Platz in der Gesellschaftstheorie eingeräumt haben.

Neben dem Problem der Wechselwirkung von politischem und ökonomischem System scheint mir die Preisproblematik für eine Weiterentwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus von besonderer Bedeutung zu sein. Ich gehe davon aus, daß die von Marx formulierte Wert- und

13) Siehe dazu Š i k, Plan und Markt, Kap. II, sowie neuerdings Š i k s „Argumente für den dritten Weg“, Hamburg 1973, insbes. Kap. I.

14) Thesen zum Referat von W. B r u s, gehalten auf derselben Tagung, siehe Anm. \*) auf S. 288.

15) J. H a b e r m a s: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973.

Mehrwerttheorie in erster Linie die Herrschafts- und Verteilungsprobleme des Kapitalismus bloßlegen sollte. Diese Theorie jedoch zu einer Preisbildungsanleitung im Sozialismus umzufunktionieren — wie dies in den osteuropäischen Diskussionen immer wieder der Fall ist —, halte ich für ein wenig hoffnungsvolles Unterfangen. Man müßte vielmehr, wie ich meine, von den normativen Zielen der gesellschaftlichen Entwicklung, die in der Terminologie der marxistischen politischen Ökonomie als „Entfaltung der Gebrauchswerte“ bezeichnet werden könnte, ausgehen, um neuere theoretische Ansätze zu entwickeln, die der Meßbarkeit ökonomischer und sozio-ökonomischer Zusammenhänge Rechnung tragen würden. Ohne eine Integrierung wichtiger Elemente der nichtmarxistischen ökonomischen Wert- und Preistheorie (Knappheitsprinzip, Opportunitätskosten, Marginalistik) dürfte diese Aufgabe kaum lösbar sein.

Die neueren Veröffentlichungen der tschechoslowakischen Fachliteratur und -presse deuten zwar nicht darauf hin, daß grundsätzliche theoretische Probleme, die ideologische Tabus und/oder politische Zusammenhänge in Frage stellen würden, diskutiert werden. Die Lektüre der wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen zeigt jedoch ab und zu, daß der Keim, der in der Reformdiskussion aufging, trotz des unfruchtbaren Klimas der Gegenwart nicht völlig verkümmert ist. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß die Vertreter der jüngeren Generation der Ökonomen, die sich im Laufe der sechziger Jahre durch undogmatische Auffassungen ausgezeichnet hatten, den Säuberungen in sehr viel geringerem Maß zum Opfer gefallen sind als in anderen Wissenschafts- und Forschungsbereichen (dieser hoffnungsvolle Umstand ist wohl nach wie vor darauf zurückzuführen, daß die Machthaber auf die beratenden Funktionen von Wirtschaftsexperten nicht völlig verzichten können). Diese Tatsache sowie der Umstand, daß die Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei und den anderen RGW-Ländern sicherlich auch in Zukunft mit erheblichen Problemen konfrontiert sein wird, geben Anlaß für eine gewisse Hoffnung, daß die im Kontext der Prager Reformbewegung mit erheblichen Erwartungen begonnenen theoretischen Diskussionen zu Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus ihre Fortsetzung finden werden.

#### Summary

##### *Czechoslovakian Contributions to Political Economic Concepts of Socialism in the Nineteen Sixties*

After Stalin's death (1953) and the 20th Party Congress of the Communist Party of the Soviet Union (1956), lively discussions ensued between economists in the Soviet Union, Poland, and Czechoslovakia questioning political-economic doctrines of the Stalin era. In the 1960s, social scientists of the Academy of Science in the ČSSR rejected for their own country — within the frame of a theory of the scientific-technical revolution — the Soviet model of extensive industrialization, because of its being inadequate for a developed industrial society. The economist Ota Šik criticized Stalin's theoretical and practical overvaluation of property conditions in Socialism. Šik's analysis of contradictory interests in a Socialist society which, in his opinion, prove the necessity of the production of goods and market connections, basically contributed to the reformatory discussion in Czechoslovakia during the 1960s.